



Sozialpolitisches Eckpunktepapier von
Bündnis 90/DIE GRÜNEN Saar

5 **Antragsteller: Landesvorstand**

AUFBRUCH ZU NEUER SOZIALER GERECHTIGKEIT UND EINEM SOLIDARISCHEN ZUSAMMENHALT DER GESELLSCHAFT

10 ***Das Saarland sozial voranbringen***

Auch nach den arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Reformen der letzten Jahre stehen wir vor dem Problem, dass viele Menschen ohne existenzsicherndes Erwerbseinkommen dauerhaft sozial ausgegrenzt werden. Wir sind weit davon entfernt, eine Gesellschaft zu gestalten, in der niemand ausgegrenzt wird und in der alle Menschen Chancen zur Entfaltung ihrer Fähigkeiten bekommen.

In unserer Gesellschaft fehlt es nach wie vor an einer Infrastruktur, die den Zugang zu den grundlegenden öffentlichen Gütern ermöglicht – zu guter Bildung, zu guter Arbeit und zu einem würdigen Auskommen. Die lang anhaltende Massenerwerbslosigkeit, geringe Bildungschancen für große Teile der Bevölkerung, verbreitete Kinder- und wieder steigende Altersarmut sowie die Folgen des demografischen Wandels drohen die Spaltung unserer Gesellschaft weiter zu vertiefen.

In zunehmendem Maße geht die Schere zwischen verfestigter Armut vieler auf der einen Seite und dem drastisch anwachsenden Reichtum Weniger auf der anderen Seite auseinander. An vielen Menschen zieht der Aufschwung vorbei. Die Aufstiegs- und Wohlstandsversprechen vergangener Jahre sind leer geworden, zunehmend verbreitet sich Unsicherheit und Angst vor sozialem Abstieg. Es droht eine dauerhafte Spaltung der Gesellschaft in Gewinner und Verlierer: Die Spaltung zwischen jenen, die „produktiv“ sind und einer Erwerbsarbeit nachgehen und somit dazu gehören und jenen, die sich überflüssig und von der Gesellschaft nicht gebraucht fühlen. Diese Spaltung schafft eine neue Gerechtigkeitslücke.

Für Bündnis 90/Die Grünen im Saarland ist es nicht hinnehmbar, dass viele Menschen nicht oder nur unzureichend an Bildung, Arbeit, gesundheitlicher Versorgung und Einkommen sowie Mobilität teilhaben. Deshalb fordern wir eine Neuorientierung in der Sozialpolitik für mehr Gerechtigkeit und solidarischen Zusammenhalt der Gesellschaft.

Das Grünen-Projekt einer bedarfsorientierten Grundsicherung ist in besonderer Weise geeignet, einen neuen sozialpolitischen Aufbruch zu erreichen. Dabei geht es darum, die Realität von Hartz IV durch eine bedarfsorientierte Grundsicherung zu überwinden, die durch Zugang zum Arbeitsmarkt und zu öffentlichen Gütern, vor allem Bildung, sowie durch die Sicherung des soziokulturellen Existenzminimums zur gesellschaftlichen Teilhabe befähigt.

Die Grüne Grundsicherung besteht aus zwei gleichberechtigten sich ergänzenden Komponenten, die zur Teilhabe befähigen sollen:

1. aus der **Existenzsicherung** und
2. aus der **Teilhabe**garantie durch den Ausbau öffentlicher Leistungen. Durch angemessene Finanzausstattung der Kommunen seitens der Länder müssen diese in die Lage versetzt werden, den Zugang zu öffentlichen Gütern zu gewährleisten und Kindergärten – und Schulessen, Sozialtickets für den ÖPNV sowie angemessene Ermäßigungen bzw. Freistellungen von Gebühren für Bildungs –und Kultureinrichtungen bereit zu stellen

I. Gesellschaftliche Teilhabe durch eine gesicherte Existenz

5 Bündnis 90/Die Grünen verstehen die Grundsicherung als einen Rechtsanspruch für Bedürftige, nicht als Almosen des Staates. Ihren Anspruch müssen Bedürftige ohne Diskriminierung oder Gängelung durch die Behörden in einem leicht verständlichen Verfahren geltend machen können. Die Würde der AntragstellerInnen muss dabei immer gewahrt bleiben, niemand soll aus Scham oder Angst in Armut leben müssen. Das Arbeitslosengelds II erfüllt diese Bedingungen nicht: Die Regelsätze sind zu niedrig, und die Anrechnung von Ersparnissen für das Alter ist ungerecht. Die verschärfte Anrechnung des PartnerInneneinkommens hat vor allem die Situation von Frauen verschlechtert.

Regelleistung auf 420 Euro erhöhen

15 Auch die Höhe der finanziellen Absicherung hat sich als ungenügend erwiesen. Bündnis 90/Die Grünen orientieren sich an den Berechnungen des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (DPWV) und fordern eine Regelleistung von 420 Euro. Diese Regelleistung ist zukünftig regelmäßig zu überprüfen und gegebenenfalls in der Höhe anzupassen.

Schutz der Altersvorsorge

20 Vermögen, das der Absicherung im Alter dient, muss besonders geschützt werden. Wer für das Alter gespart hat, soll diese Vorsorge auch in Anspruch nehmen können. Deshalb sollen künftig bis zu 3000 Euro pro Lebensjahr steuerfrei für die Alterssicherung zurückgelegt werden können. Diese Ersparnisse werden bei der Beurteilung der Hilfebedürftigkeit nicht berücksichtigt und werden nicht für die Existenzsicherung herangezogen.

Existenz von Kindern sichern

25 Wir wollen die Kinder von ALG II – EmpfängerInnen besser unterstützen. Die derzeitigen Regelleistungen für Kinder in Höhe von 60 bzw. 80 Prozent der Regelleistungen eines Erwachsenen wird den eigenständigen Bedürfnissen von Kindern nicht gerecht. Deshalb fordern wir eine Erhöhung der Regelsätze für Kinder auf 300 bis 350 Euro abhängig vom Alter und den Ausbau des Kinderzuschlages, insbesondere für Geringverdiener. Darüber hinaus sollen Sachleistungen zu einer optimalen Entfaltung und Entwicklung von Kindern beitragen. Die Übernahme von Kosten für die Schulmahlzeit, den Nahverkehr, die Bibliotheken und für den außerschulischen Sport – und Musikunterricht müssen zum Bestandteil öffentlicher Daseinsvorsorge gehören.

II. Teilhabe durch Zugang zum Arbeitsmarkt und existenzsichernde Erwerbsarbeit

40 Zugang zu Erwerbsarbeit ist für die meisten Menschen unverzichtbar für die eigenständige Existenzsicherung. Erwerbsarbeit ist ein Schlüssel zu gesellschaftlicher Teilhabe und Anerkennung sowie für die Einbindung in soziale Zusammenhänge. Sie ist zugleich Quelle für Selbstsicherheit und Selbstbestätigung.

Ausbau der aktiven Arbeitsmarktpolitik

45 Neben individueller Beratung sind Weiterbildungs- und Umschulungs- und Qualifizierungsmaßnahmen sowie Förderprogramme zur Existenzgründung notwendig, um Wege in die Arbeitswelt zu eröffnen. Unterstützungsprogramme müssen zu den Erwerbslosen passen – nicht umgekehrt. Für Erwerbslose, die auf absehbare Zeit keine Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt haben, sind spezifische Angebote zu entwickeln. Für sie ist die Einrichtung eines sozialen Arbeitsmarktes notwendig, der verlässlich funktioniert, ohne den Weg in den ersten Arbeitsmarkt zu verbauen.

55

Mindestlöhne gegen Lohndumping

Armut trotz Arbeit ist für viele Menschen in Deutschland Realität. Bündnis 90/Die Grünen nehmen nicht hin, dass immer mehr Arbeitgeber versuchen, sich auf Kosten der Allgemeinheit vor der Zahlung eines angemessenen Lohns zu drücken und das Arbeitslosengeld II als flächendeckenden Kombilohn zu missbrauchen. Deshalb ist es wichtig Mindestlohnregelungen durchzusetzen, wie sie in den meisten Ländern Europas üblich sind. Wir brauchen eine allgemein wirkende Mindestlohnschranke gegen Lohndrückerei. Alle Erwerbstätigen müssen daher von einer gesetzlich einzurichtenden Mindestlohnkommission verbindlich gegen Lohndumping geschützt werden.

Kleine Arbeitseinkommen entlasten und Jobs schaffen

Viele Menschen mit geringer Qualifikation in einfachen Tätigkeiten können von ihrem Arbeitseinkommen nicht leben. Mitverantwortlich sind die hohen Lohnnebenkosten, die kleine Einkommen überproportional belasten. Bündnis 90/Die Grünen wollen die Lohnnebenkosten im unteren Einkommensbereich absenken und sie langsam progressiv ansteigen lassen. Was bei der Steuer als gerecht empfunden wird – kleine Einkommen: geringe Steuern; große Einkommen: hohe Steuern – soll auch für die Sozialversicherungsbeiträge gelten. Das Prinzip heißt: Je geringer das Einkommen desto geringer der Beitragssatz. Durch die sinkenden Arbeitskosten haben auch Geringqualifizierte bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Mit dem „Progressiv – Modell“ lohnen sich einfache Jobs wieder und der Anteil an Schwarzarbeit kann erheblich gesenkt werden.

III. Teilhabe durch Zugang zu öffentlichen Gütern

„Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten“ – dieser Satz verdeutlicht, dass neben eine „Grüne Grundsicherung“ eine Daseinsvorsorge treten muss, die es ermöglicht, dass wichtige öffentliche Güter und Dienstleistungen allen BürgerInnen unabhängig von ihrer sozialen und ökonomischen Lage zugänglich sind.

Bildung, Erziehung und Betreuung: Bildung ist die soziale Frage des 21. Jahrhunderts

Qualifikation und soziale sowie ethnische Herkunft haben in Deutschland, insbesondere auch im Saarland, einen weitaus stärkeren Einfluss auf die Bildungs- und Beschäftigungschancen als in den meisten anderen OECD-Staaten. Hierzulande wird Bildungsarmut gleichsam vererbt. Diese beschämende Tatsache, die Abhängigkeit der Zugangschancen von der sozialen Herkunft muss überwunden werden. Angesichts der demografischen Entwicklung und den gestiegenen Anforderungen von Wirtschaft und Gesellschaft an unser Bildungssystem benötigen wir heute jeden und alle Talente um die Zukunftsaufgaben erfolgreich zu bewältigen. **Deshalb brauchen wir eine Reform der gesamten Bildungskette vom Kindergarten über die Schule und Hochschule bis zur Weiterbildung nach dem Motto: Wir brauchen jeden und lassen niemanden zurück!**

Ausbau der frühkindlichen Bildung

Bündnis 90/Die Grünen fordern einen Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz bzw. auf Bildung und Betreuung vom ersten Lebensjahr an. Die frühkindliche Bildung muss dementsprechend quantitativ und qualitativ unter dem Aspekt des Dreiklanges von Bildung, Betreuung und Erziehung verbessert werden. ErzieherInnen sollen demzufolge auf Hochschulniveau ausgebildet und weiter qualifiziert werden.

Ausbau des integrierten Schulsystems

5 Damit alle Kinder ihre Talente entwickeln können, muss das hochselektive Schulsystem grundlegend reformiert werden. Individuelle Förderung und gemeinsames Lernen stehen im Mittelpunkt der Schulpädagogik. Dazu muss das gegliederte Schulwesen schrittweise in ein integriertes Schulsystem umgebaut werden.

Ausbau von echten Ganztagschulen

10 Die Freiwillige Ganztagschule, wie sie die saarländische Landesregierung propagiert, ist ein Etikettenschwindel, den die Eltern zudem noch teuer bezahlen müssen. Bündnis 90/Die Grünen fordern den schrittweisen, flächendeckenden Ausbau von echten Ganztagschulen, die für die Eltern gebührenfrei ist.

Abschaffung der Studiengebühren

15 Studiengebühren wirken sozial selektiv und verhindern letztendlich, dass allen Menschen ihrer Begabung und Qualifikation entsprechend eine ausreichende Finanzierung des Studiums möglich ist. Die Durchlässigkeit und der Zugang zu Hochschulbildungsgängen bleiben Kindern und Jugendlichen aus sozial schwachen und Migrantenfamilien oft verwehrt. Bündnis 90/Die Grünen fordern deshalb die Abschaffung der allgemeinen Studiengebühren. Diese haben bereits im ersten Semester ihrer Gültigkeit für weniger Studenten an der Saar-Uni gesorgt.

Kontinuierliche Weiterbildung

25 Unter dem Gesichtspunkt des lebenslangen Lernens kommt der Weiterbildung heute eine zunehmende Bedeutung zu. Dabei geht es nicht nur um die berufliche Weiterbildung, sondern auch um die individuelle, politische und kulturelle Weiterbildung. Insgesamt sind die organisatorischen und finanziellen Rahmenbedingungen dazu zu verbessern. Aus finanziellen Gründen darf niemand von der Weiterbildung abgehalten werden. Hier sind Unternehmen und Gesetzgeber gleichermaßen gefordert. Der Anspruch auf gesetzlich garantierten Bildungsurlaub muss dazu ausgeweitet werden.

Unterstützung von Kindern und Familien

30 Kinder und Familien brauchen zielgenaue Angebote und Strukturen. Neben der klassischen Jugend- und Familienhilfe zählen hierzu beispielsweise Familienzentren, soziale Frühwarnsysteme, Hebammenprojekte für Familien in schwierigen Situationen. Um insbesondere diejenigen Kinder und Familien zu erreichen, die häufig von pädagogischen, sportlichen und kulturellen Angeboten ausgeschlossen sind, sollen Angebote dort geschaffen werden, wo sich Kinder und Familien aufhalten: zum Beispiel in Kindertagesstätten, Schulen und kommunalen Einrichtungen. Kinder mit Migrationshintergrund müssen dabei besonders berücksichtigt werden, damit sie von Anfang an integriert sind. Die Angebote können durch Gutscheinsysteme unterstützt werden.

Mobilität für alle sichern

45 Der Zugang zu einem bezahlbaren und gut ausgebauten öffentlichen Personennahverkehr auf Straße und Schiene ist Voraussetzung für die Mobilität gerade von armen und bedürftigen Menschen. Auch angesichts des Klimawandels und höherer Energiepreise ist der konsequente Ausbau der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur erforderlich. Bündnis 90 /Die Grünen setzen sich für die Einführung von Sozialtickets ein.

IV. Kinderarmut besonders bekämpfen

50 Kinderarmut ist kein Randproblem mehr. Und weil Kinder zeitgleich die Zukunft darstellen und der zerbrechlichste Teil unserer Gesellschaft sind, bedürfen sie besonderer Beachtung. Kinderarmut hat sich auch in unserem Land zum Massenphänomen entwickelt, das die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft bedroht. Am häufigsten von Armut betroffen sind die Kinder von

Alleinerziehenden und Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund. Diese Kinder sind nicht nur häufiger arm, sondern sie bleiben es seit Hartz IV auch länger. Ihre Chance, aus der Armutssituation wieder heraus zu kommen, liegt deutlich niedriger als bei allen anderen Bevölkerungsgruppen. Aber auch normale Erwerbstätigkeit reicht oft nicht aus, um die Kosten für die Erziehung, Betreuung und Bildung der Kinder finanzieren zu können. Allen familienfreundlichen Diskussionen zum Trotz steigt der Kostendruck in den Familien: Erhöhung der Elternbeiträge, unzureichende Regelsätze und der Wegfall von Einzelleistungen in besonderen Lebenslagen durch Hartz IV, die Anrechnung von Kindergeld bei den Sozialleistungen, gestiegene Kosten für Arbeitsmaterialien. Dies führt dazu, dass Eltern an anderen Stellen sparen müssen. An zusätzliche Kosten für Sportvereine oder die Musikschule ist nicht zu denken. Diese Entwicklung verschärft die soziale Ausgrenzung und die Armutsspirale. Familien müssen deshalb wieder in die Lage versetzt werden, notwendige Ausgaben für ihre Kinder zu tätigen.

Darüber hinaus muss die Landesregierung gemeinsam mit den Kommunen geeignete Maßnahmen ergreifen, um zu gewährleisten, dass bedürftigen Familien die Kosten für Lernmittel, Unterricht an außerschulischen Lernorten und Klassenausflügen für ihre Kinder erstattet werden. Außerdem soll auch die Teilnahme der Kinder an kommunalen und kommunal geförderten Angeboten durch einen Verzicht auf / bzw. eine Reduzierung der Nutzungsentgelte gefördert werden.

Bisher existieren nahezu nur Einzelmaßnahmen im Saarland gegen Kinderarmut. Angesichts der problematischen Situation ist das nicht genug. Alle Anstrengungen müssen in einem Gesamtkonzept gebündelt werden.

Bekämpfung der Kinderarmut als Querschnittsaufgabe
Die Bekämpfung von Kinderarmut muss zur Querschnittsaufgabe werden. Die landesweite Sozialberichtserstattung muss ausgebaut und um einen eigenen Kinderarmutsbericht mit entsprechender Bedarfsanalyse ergänzt werden. Darüber hinaus sind erfolgreiche Modellprojekte gegen Kinderarmut wie z.B. in Malstatt und Alt-Saarbrücken finanziell abzusichern und auszubauen.

Armutsprävention finanziell gut ausstatten
Wir müssen mehr in die Kinderbetreuung investieren, so dass alle Kinder unabhängig vom Einkommen der Eltern, individuell gefördert werden können. Dazu gehört auch die bessere Qualifizierung des Personals und die Gewährleistung der Kostenfreiheit für Kinderbetreuung und Schulbesuch.

Berufsberatung für betroffene Kinder und Jugendliche verbessern
Die Berufsorientierung und Berufsberatung für Jugendliche besonders bei denjenigen aus sozial schwachen Familien und Familien mit Migrationshintergrund muss deutlich intensiviert werden. Armutsprävention beginnt auch beim Aufzeigen einer konkreten beruflichen Perspektive.

Verschuldungsprävention bereits im Kindes- und Jugendalter
Häufig beginnen Überschuldungsprobleme bereits im Jugendalter und setzen sich im Erwachsenenleben fort. Daher muss die Schuldnerberatung unter den Aspekten Haushaltsbudgetberatung, Jugendschuldnerberatung und Präventionsprojekte gegen Jugendverschuldung weiterentwickelt werden.

V. Finanzierung

Mehr soziale Gerechtigkeit und Teilhabe für alle ist nicht zum Nulltarif zu erreichen. Eine nachhaltige Reform der Sozialsysteme muss auch bei schwankendem Wirtschaftswachstum tragfähig bleiben. Angesichts immer noch knapper Kassen und einer hohen Staatverschul-

derung muss die Umsetzung der Grünen Forderungen für mehr Gerechtigkeit schrittweise erfolgen, ebenso müssen Prioritäten gesetzt werden.

5 Vorrang haben die Investitionen in die Öffnung von Zugängen in der Bildungskette insgesamt, d.h. die Ausbildung und Befähigung der nächsten Generation. Wir müssen uns heute eine qualitativ bessere Kinderbetreuung und – bildung, ein individuell förderndes Schulwesen und eine deutlich größere Zahl an Studierenden leisten, weil es sonst morgen nichts mehr zu verteilen gibt.

10 Dazu ist es erforderlich Steuerschlupflöcher zu schließen und endlich Steuerflucht und Steu-
erhinterziehung konsequent zu bekämpfen. Wir brauchen auch einen neuen Anlauf zu einem
gerechten, transparenten und solidarischen Steuersystem. Wir brauchen eine Reform der Ein-
kommenssteuer, wobei die geltenden Regelungen für Abschreibungen, Freibeträge und Son-
dertatbestände, insbesondere auch das Ehegattensplitting in Bezug auf Verteilungswirkung
15 und Gerechtigkeit zwischen großen und kleinen Einkommen überprüft werden muss. Ebenso
ist eine Erhöhung der privaten Einkommensteuer unter voller Einbeziehung privater Kapitaler-
träge sinnvoll. Der Spitzensteuersatz soll auf 45 Prozent steigen und Einkommen aus Vermie-
tung und Verpachtung müssen realistisch ermittelt werden. Der steuerliche Beitrag von Ver-
mögen ist in Deutschland besonders niedrig. Diese sind stärker als bislang an der Finanzie-
20 rung des Sozialstaates zu beteiligen. Dazu gehört auch eine gerechtere Besteuerung von ho-
hen Erbschaften.

**Bündnis 90/Die Grünen setzen sich für eine Fortsetzung der ökologischen Finanzreform
ein. Dazu gehört ein Abbau umweltschädlicher Subventionen, eine Weiterentwicklung
25 der Ökosteuer ebenso wie die Einführung eines Öko – Bonus im Zusammenhang mit
einer Ausweitung des Emissionshandels, der den Bürgerinnen und Bürgern zugute
kommt.**

30 ***www.gruene-saar.de***

35